

«Der Status quo ist keine Option»

Für den Ökonomieprofessor Aymo Brunetti ist klar: Die EU ist der Schweiz mit den neuen Verträgen stark entgegengekommen. Im Gespräch mit Peter A. Fischer und Christina Neuhaus führt er aus, wieso eine Ablehnung der Schweizer Wirtschaft schaden würde

Herr Brunetti, wie wichtig sind die geplanten neuen Verträge mit der EU aus ökonomischer Sicht?

Sie sind sehr wichtig. Die EU ist unser wichtigster Handelspartner und wird das in den nächsten zwanzig, dreissig Jahren auch bleiben. Hinzu kommt neu das geopolitische Element: Die EU ist uns auch demokratisch und rechtlich näher als andere Weltregionen. Mit den USA und China ist eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit derzeit geopolitisch schwierig. Die EU dagegen ist ähnlich gesinnt wie wir – das gibt Stabilität und Verlässlichkeit.

Wirklich? Der Kapitalmarkt der EU ist noch nicht richtig integriert, die Handelsfreiheit betrifft Waren, aber nicht alle Dienstleistungen, Brüssel funktioniert relativ bürokratisch. Wieso sollen wir uns noch stärker an die EU anlehnen?

Wir wollen uns ja gerade nicht vollständig integrieren und der EU auch nicht beitreten. Wir wollen dort enger zusammenarbeiten, wo das im beiderseitigen Interesse ist. Im Vergleich zum gescheiterten Rahmenabkommen hat der Bundesrat in den neuen Verträgen wichtige Verbesserungen erreicht.

Wo genau?

Neu gibt es kein übergeordnetes institutionelles Dach mehr. Die dynamische Zusammenarbeit wird in jedem der einzelnen bilateralen Verträge separat definiert. Sie bleibt auf den Marktzugang ausgerichtet und ist thematisch auch für zukünftige Änderungen klar eingegrenzt. Den Marktzugang aber brauchen wir. Denn trotz ihren Schwächen bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner – das ist einfache ökonomische Gravitationstheorie.

Das bedeutet?

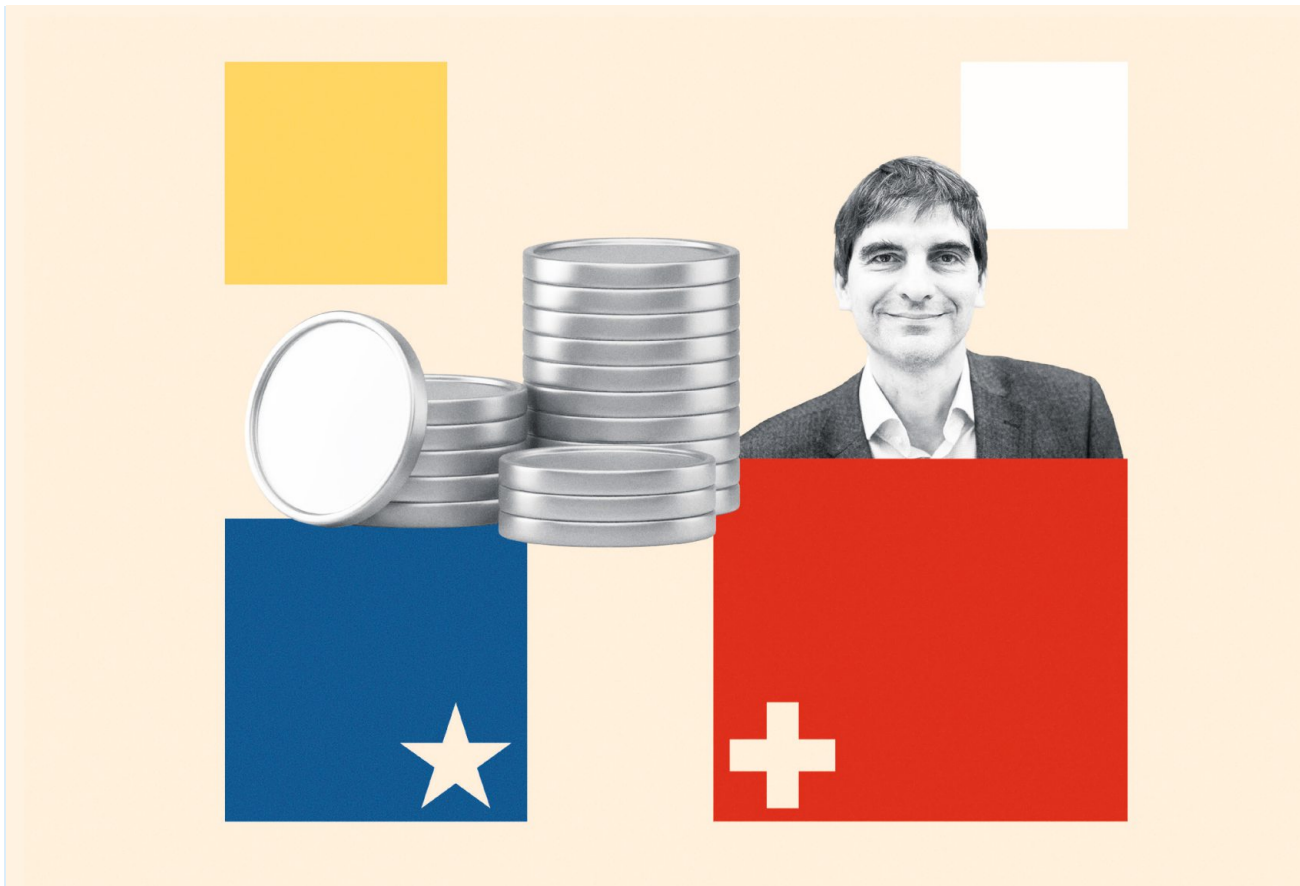
Nähe ist entscheidend. Die Schweiz pflegt ihre intensivsten Handelsbeziehungen mit der Lombardei oder Baden-Württemberg. Der Arbeitsmarkt und die Lieferketten in der Region Basel sind eng verflochten mit Teilen Deutschlands und Frankreichs. Mit den Nachbarn handelt man am meisten. Transportwege sind kürzer, die rechtlichen und kulturellen Unterschiede oft geringer, die Märkte leichter zugänglich. Für die Schweiz heisst das konkret: Der wirtschaftlich wichtigste Raum bleibt der europäische Binnenmarkt. Und dieser Effekt lässt sich auch durch noch so viele Freihandelsabkommen mit entfernteren Ländern nicht kompensieren.

Gegner der Verträge sagen, es wäre klüger, auf die wachsenden asiatischen Märkte zu setzen als auf die schwächelnde EU.

Das eine tun heisst nicht das andere lassen: China, Südostasien oder auch Indien sind zweifellos dynamische Märkte – aber sie sind keine echten Alternativen zur EU. Erstens ist der Handel mit geografisch entfernteren Partnern teurer und komplexer. Zweitens fehlen dort oft ein gemeinsames Rechtsverständnis, politische Verbindlichkeit oder eine vergleichbare Marktzugangsstruktur wie in der EU. Drittens ist der politische Rahmen in vielen dieser Staaten weniger stabil und weniger berechenbar. Es ist sehr sinnvoll, den Aussenhandel mit dem asiatischen Raum oder auch mit Lateinamerika als Zusatz, aber nicht als Ersatz zur EU zu verstehen.

Der Bundesrat beziffert den Schaden bei einem Scheitern der Verträge auf 520 Milliarden Franken Verlust beim BIP – 4,9 Prozent. 2500 Franken weniger Einkommen pro Kopf und Jahr. Wie belastbar sind diese Zahlen?

Solche präzisen Zahlen sind mit Vorsicht zu geniessen – es steckt immer ein Modell mit vielen Annahmen dahinter, die längerfristigen Folgeeffekte kann man damit kaum schätzen. Aber sie sind eine hilfreiche erste Grössenordnung. Sicher ist, dass der privilegierte Zugang zum EU-Binnenmarkt, den diese Ver-



Mit Nachbarn geschäftet es sich am effizientesten, so der Wirtschaftswissenschaftler Aymo Brunetti überzeugt. ILLUSTRATION SIMON TANNER / NZZ

«Trotz ihren Schwächen bleibt die EU unser wichtigster Handelspartner – Nähe ist entscheidend.»

NZZ
Pro

Dieser Artikel ist bei «NZZ Pro» erschienen, dem Premiumangebot der NZZ mit dem vertieften Blick voraus auf Weltwirtschaft und Geopolitik.

www.nzz.ch/pro

SERIE – DIE SCHWEIZ UND DIE EU

Wie viel Europa in einer gespaltenen Welt? Nach jahrzehntelangen Diskussionen hat die Schweiz neue Abkommen mit der EU verhandelt. Diese regeln die Teilnahme am EU-Binnenmarkt und legen fest, wo und wie Regeländerungen übernommen werden müssen. Was ist der Preis dieser Verträge, und was bedeutet das Paket für die künftige Stellung der Schweizer Wirtschaft und Gesellschaft in einem von geopolitischen Spannungen gekennzeichneten Europa? «NZZ Pro» stellt sich diesen Fragen im Rahmen einer Serie von Interviews mit Experten.

träge ermöglichen, einen deutlich positiven Effekt auf die Wirtschaftstätigkeit in der Schweiz hat.

Wo genau?

Am wichtigsten dafür ist die Personenfreizügigkeit, sie entschärft die chronischen Knappheiten am Arbeitsmarkt am effizientesten. Dazu kommt der Abbau der nichttarifären Handelshemmnisse, indem man Standards, Zertifizierungen, Prozesse und die Marktaufsicht gegenseitig anerkennt. Als Uniprofessor kann ich Ihnen zudem versichern, dass auch die Forschungszusammenarbeit mit der EU für die Schweiz und ihre innovative Spitzenforschung sehr wichtig ist. Wir haben das schmerzhaft gemerkt, als der Zugang für eine Weile eingeschränkt wurde.

Apropos technische Handelshemmnisse: Die grossen Unternehmen zertifizieren doch bereits heute in der EU. Könnte der Bund als Alternative zum geplanten präferenzziellen Zugang zum EU-Binnenmarkt nicht einfach die KMU bei der Infrastruktur für die Zertifizierung in der EU unterstützen?

Natürlich könnte man eine öffentlich finanzierte Stelle in der EU einrichten, die für Schweizer KMU technische Normen prüft oder die Konformitätsverfahren koordiniert. Aber ist das wirklich eine staatliche Aufgabe? Das wäre ein sehr gezielter Eingriff in die Exporttätigkeit – industriepolitisch fragwürdig, bürokratisch aufwendig, teuer. Zudem ist es keine echte Alternative zu den Marktzugangsabkommen.

Weshalb nicht?

Wir wissen heute nicht, in welche Richtung sich die technischen Vorschriften künftig entwickeln. Neue Unternehmen, neue Produkte, neue Märkte – all das lässt sich schwer zentral vorhersehen und bewältigen. Deshalb ist der bilaterale Weg mit dynamischer Anpassung nicht nur eleganter, sondern langfristig auch effizienter. Er senkt die Transaktionskosten nicht nur für heutige Exporteure, sondern auch für jene, die es morgen werden wollen.

Der Zugang zum europäischen Binnenmarkt kostet die Schweiz ja auch etwas. Die Kohäsionsmilliarde und die Beteiligung an Horizon belaufen sich auf 1,4 Milliarden Franken. Stimmt das Kosten-Nutzen-Verhältnis?

Die Kohäsionszahlung ist der politische Preis für den partiellen Zugang zum Klub, quasi die Gästekarte. Ähnlich wie

der Fiskalausgleich zwischen den Kantonen für die Schweiz leisten die Kohäsionszahlungen der EU einen Beitrag an ein stabileres Europa. Wobei gerade die im wirtschaftlich dynamischen Zentrum Europas gelegene Schweiz von dem freien Zugang zu den sie interessierenden Bereichen des Binnenmarkts besonders profitiert. Und das global hochangesehene Forschungsprogramm Horizon bringt einen klaren Nutzen für die Reputation der Schweizer Forschung – und gerade für Hochschulen wie meine auch erhebliche Fördermittel.

Sie sagen, die Personenfreizügigkeit sei zentral. Aber es gibt grosse Vorbehalte gegenüber der Zuwanderung. Eine häufige Kritik lautet, die Personenfreizügigkeit führe nur zu Wachstum in die Breite: zu mehr Zuwanderung, aber nicht zu mehr Wohlstand. Stimmt das? Nein, dem war und ist nicht so. Die Zuwanderung ist heute viel effizienter geregelt als früher, weil sie marktgetrieben erfolgt, nicht mehr politisch geplant wie beim alten Kontingentsystem, wo wenig produktive, aber politisch starke Branchen den Löwenanteil erhielten. Wer kommt, hat meist schon einen Arbeitsvertrag – das ist ein Riesenvorteil für die Produktivität. Die Zuwanderung reduziert so direkt Knappheiten gerade in den besonders produktiven Sektoren. Das spiegelt sich auch im Pro-Kopf-Einkommen und im Steueraufkommen. Zudem wächst der Arbeitsmarkt – es werden nicht einfach Jobs weggenommen, sondern neue, oft sehr produktive geschaffen.

Trotzdem: Die Schweizer Bevölkerung ist in den vergangenen Jahren wegen der Zuwanderung stark gewachsen. Was halten Sie von Ideen, die Zuwanderung mittels Schutzklausel oder Zuwanderungsgebühr zu drosseln?

Die Idee einer Lenkungsabgabe ist mir persönlich sympathischer als eine harte Schutzklausel, weil sie deutlich weniger planwirtschaftlich ist. Tatsache ist aber, dass beide Ansätze schwer ohne hohe bürokratische Kosten umzusetzen sind und kaum mit der Personenfreizügigkeit der EU zu vereinbaren sind.

Was wäre denn eine Alternative?

Man müsste versuchen, die Erwerbsbeteiligung im Inland zu erhöhen und hier vor allem das Potenzial der älteren Arbeitnehmenden stärker zu nutzen. Die hohe Zuwanderung hat auch damit zu tun, dass die Schweizerinnen und Schweizer früh in Pension gehen und mehr Teilzeit arbeiten.

Am effizientesten wäre eine Erhöhung des Rentenalters. Das ist im Moment aber nicht mehrheitsfähig.

Der Widerstand gegen eine reglementierte längere Lebensarbeitszeit ist leider in der Tat gross; diese Anpassung wird sich aber längerfristig nicht vermeiden lassen. Ein grosser Hebel im wohl langen Übergang dazu wäre deshalb eine deutliche Flexibilisierung: Würde die Schweiz etwa über ein Modell der Lebensarbeitszeit das Rentenalter flexibilisieren und gezielt Anreize schaffen, auch nach 65 weiterzuarbeiten, könnte ein grosses Arbeitskräftepotenzial im Inland mobilisiert werden. Auf diesem Weg würde zudem auch gleich die demografisch bedingte Finanzierungslücke in der AHV gemildert.

Boris Zürcher, der ehemalige Chef Arbeitsmarkt beim Seco, sagt, die hohe Zuwanderung habe mit dem hohen Angebot an Arbeitsplätzen in der Schweiz zu tun. Dieses wiederum sei eine direkte Folge der Geldpolitik der Nationalbank. Der schwache Franken beflügelt das Wachstum. Muss, wer die Zuwanderung drosseln will, erst die Wirtschaft bremsen?

Grundsätzlich ist es so: Wenn es gut geht, kommen mehr, wenn es schlecht geht, weniger Einwanderer. Das hilft übrigens, die konjunkturellen Schwankungen zu dämpfen. Bloss: Wollen wir wirklich, dass es uns schlecht geht? Sicher, das geldpolitische Argument ist nicht ganz von der Hand zu weisen. Die Geldpolitik der Nationalbank ist de facto auf einen schwächeren Euro ausgerichtet; wohl auch, weil in meiner Einschätzung die Risiken einer leichten Deflation etwas gar hoch gewichtet werden. Ein nicht so harter Franken stimuliert dann die Exportwirtschaft, schafft Arbeitsplätze und zieht Menschen an. Aber welche politischen Folgen sollten man daraus ziehen? Eine Politik, die bewusst eine übermässige Aufwertung herbeiführen würde, um die Zuwanderung zu bremsen, wäre wirtschaftliche Selbstschädigung.

Die geplanten Abkommen polarisieren enorm. Was passiert, wenn die Abkommen abgelehnt werden?

Die Schweiz wird nicht untergehen. Mit einem Nein würden wir uns aber selbst unnötig das Leben schwermachen. Was der Bundesrat jetzt ausgehandelt hat, ist bemerkenswert und deutlich besser als das alte Rahmenabkommen. Die EU ist der Schweiz sehr weit entgegengekommen; weiter als Grossbritannien übrigens. Mit einem Nein würde sich die Schweiz ökonomisch schwächen. Denn eine Rückkehr zum Status quo ist keine Option, der verschlechtert sich nämlich kontinuierlich. Ohne Dynamisierung sinkt der Nutzen der bisherigen Verträge mit jeder technischen Neuerung etwas mehr.

Viele Leute können sich unter dem Begriff «Erosion der bisherigen Verträge» nichts vorstellen. Machen Sie bitte ein konkretes Beispiel.

Unternehmen können etwa ohne die Anpassungen ihre Produkte zunehmend nicht mehr ohne weiteres in die EU exportieren, sondern müssen sich um ihre Konformität mit EU-Regeln kümmern und etwa rechtlich haftbare Vertretungen mit Sitz in der EU einrichten. Und das kann, wie Avenir Suisse vor einigen Jahren ermittelt hat, wiederkehrende jährliche Kosten in Milliardenhöhe verursachen. Oder die EU kann – wie bereits erlebt – Dinge wie die Börsenäquivalenz oder die Beteiligung an Horizon infrage stellen. Genau das vermeidet man mit den neuen Verträgen – und zwar mit einem überschaubaren Eingriff in die Souveränität. In Sachen Souveränität scheint mir entscheidend zu sein, dass es uns diese Verträge erlauben, bei jeder einzelnen Anpassung Nein zu sagen. Und dies mit der institutionellen Absicherung, dass allfällige Ausgleichsmassnahmen verhältnismässig sein müssen.